



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Stabile Brücken für den Arbeitsmarkt

Regelungen zur Kurzarbeit werden bis Ende März 2012 verlängert

Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sind der Arbeitsmarkt und damit die Sozialkassen in Deutschland erstaunlich stabil geblieben. Die Koalition hat jetzt weitere Maßnahmen beschlossen, um aus der Krise heraus Brücken zu mehr Beschäftigung zu bauen.

Die durch das Konjunkturpaket II eingeführten Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld – Erstattungsregelung der Sozialversicherungsbeiträge, Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen zur Kurzarbeit sowie die Gleichstellung von Konjunktur- und Saisonkurzarbeitergeld – werden bis zum 31. März 2012 verlängert. Dies ermöglicht den Betrieben eine verlässliche Personalplanung ohne Entlassungen bis über den Winter 2011/2012 hinaus. Falsch wäre es jedoch – wie die SPD dies gefordert hat – die Kurzarbeiterregelungen jetzt um weitere 36 Monate zu verlängern. Niemand kann exakt vorhersehen, wie sich der Arbeitsmarkt entwickeln wird. Daher ist es sinnvoll, den Zeitraum für die Verlängerung überschaubar zu gestalten. Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag hatte sich bereits zu Beginn des Jahres für die Verlängerung der beitragsfreien Kurzarbeit ausgesprochen. Durch die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit werden kurzarbeitende Betriebe finanziell entlastet. Die Kurzarbeiterregelung ist gerade für Baden-Württemberg, als typisches Mittelstandsland, von größter Bedeutung. Der Arbeitsmarkt hier, insbesondere im Maschinenbau, wird von der nun beschlossenen Verlängerung stärker als anderswo in Deutschland stabilisiert, und den Unternehmen wird eine größere Planungssicherheit gegeben.

Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmenpaket werden aber auch die Problemgruppen am

Arbeitsmarkt in den Blick genommen. Bei vielen Alleinerziehenden scheidet bislang die Arbeitsaufnahme oder auch die Qualifizierung an der fehlenden Kinderbetreuung. Daher soll künftig begleitend zu den Ausbildungs- und Arbeitsangeboten eine Kinderbetreuung sichergestellt werden. Zudem sollen Arbeitslose unter 25 Jahren noch schneller vermittelt werden. Auch ältere Leistungsempfänger sollen noch gezielter ihre Stärken und Kompetenzen in den Arbeitsmarkt einbringen. Erste Erfolge aus dem Bundesprogramm „Perspektive 50plus“ zeigen, wie viel Potential in dieser Zielgruppe steckt. Das Konzept dieses Programms wird zukünftig flächendeckend allen älteren Leistungsempfängern zu Gute kommen.

Rechtzeitig vor den Sommerferien wird eine neue Ferienjobregelung für Jugendliche aus Hartz-IV-Familien greifen, um ihnen den Leistungsgedanken näher zu bringen. Wer als Schüler nicht lernt, dass sich Leistung lohnt, kann diese Erfahrung nicht ins Erwachsenenalter mitnehmen. Daher dürfen Schülerinnen und Schüler zukünftig in den Schulferien anrechnungsfrei bis zu 1.200 Euro verdienen. Sie werden damit Schülern gleichgestellt, deren Eltern nicht hilfsbedürftig sind, und können sich mit ihrer Ferien-Arbeit eigene Wünsche erfüllen.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich deshalb außerordentlich robust: In ihrer Frühjahrsprognose rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute damit, dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 8,1 % in 2010 und 7,9 % in 2011 sinken wird. Im Jahresdurchschnitt erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute für 2010 bei noch erheblichen Risiken für die Konjunktur im weltwirtschaftlichen Umfeld und im Bankenbereich aufgrund der Belebung der Exportnachfrage ein wirtschaftliches Wachstum von 1,5 %. Für 2011 sagen sie ein Wachstum von 1,4 % voraus.

Zitat der Woche

« Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossen haben. »(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag zu kriegsähnlichen Zuständen in Afghanistan)

Trauer um gefallene deutsche Soldaten

In der vergangenen Woche sind bei einem Anschlag von regierungsfeindlichen Kräften vier deutsche Soldaten getötet und fünf weitere verwundet worden. Erst am Karfreitag waren drei deutsche Soldaten bei einem Gefecht im Raum Kundus gefallen. In einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag ihr tiefes Mitgefühl mit den Angehörigen und Freunden der getöteten und verwundeten Soldaten zum Ausdruck gebracht. Die Aufgabe der Deutschen Soldaten in Afghanistan ist es, die afghanische Regierung bei der Herstellung von Sicherheit zu unterstützen. Nur wenn ein Mindestmaß an Stabilität erreicht wird, kann verhindert werden, dass Afghanistan erneut zur Ausgangsbasis für global operierende Terroristen wird. Auf diesen Zusammenhang hat die Bundeskanzlerin wieder hingewiesen und deutlich gemacht, dass die Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz sind, ihren Dienst für unsere Sicherheit leisten. Sie bezeichnete den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan als notwendig im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. "Es wäre ein Trugschluss zu glauben, Deutschland wäre nicht im Visier des internationalen Terrorismus", sagte die Bundeskanzlerin.

In Trauer mit Polen verbunden

Mit einem Staatsakt sind der polnische Präsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau am Sonntag auf der Wawel-Burg in Krakau beigesetzt worden. An der Trauerfeier in Krakau nahmen Bundespräsident Horst Köhler und Außenminister Guido Westerwelle teil. Der Tod zahlreicher führender Repräsentanten unseres östlichen Nachbarn ist eine nationale Tragödie. Wir können den Schmerz der Polen nachvollziehen und fühlen uns in Trauer mit unseren Nachbarn und Freunden verbunden. Bei dem Absturz ist auch die Abgeordnete Grazyna Gesicka umgekommen, die noch Ende Februar an einer gemeinsamen Sitzung der Europaausschüsse Polens, Frankreichs und Deutschlands in Berlin teilgenommen hatte. Unser Mitgefühl und unsere Gedanken gelten den Opfern und ihren Familien.

Bundestag befürwortet die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Island

Fraktionsübergreifend hat der Bundestag am Mittwoch der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island zugestimmt. Island hat als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums bereits den Großteil des europäischen

Rechts übernommen, so dass die Verhandlungen zügig durchgeführt werden könnten. Probleme bestehen aber im Bereich der Fischereipolitik und insbesondere beim Walfang, den Island bislang nicht aufgeben will.

Besserer Schutz für unsere Polizei und härtere Strafen für Gewalttäter

Es ist völlig unbestritten: In den letzten Jahren haben gewalttätige Angriffe gegen unsere Polizeibeamten signifikant zugenommen. Dabei kommen die Täter verstärkt auch aus dem linksradikalen Milieu. Wir müssen denjenigen, die für uns den Kopf hinhalten und unser Recht durchzusetzen haben, die nötige Unterstützung geben. Ein Expertengespräch der CDU/CSU Bundestagsfraktion hat gezeigt, dass der gegenwärtige strafrechtliche Schutz unserer Polizeibeamten kaum abschreckende Wirkung entfaltet und daher verbessert werden muss. Ein vorliegender Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums bleibt aber weit dahinter zurück. Angriffe gegen Polizeibeamte müssen härter bestraft werden. Zugleich werben wir in der Koalition dafür, auch Feuerwehr und Rettungskräfte einzubeziehen, weil diese in jüngster Zeit ebenfalls verstärkt angegriffen werden.

Deutschland: Leitmarkt für Elektromobilität

Die Förderung der Elektromobilität, also dem Betrieb von Fahrzeugen durch Elektromotoren wird von der Bundesregierung in den nächsten Jahren intensiv gefördert. Dabei geht es neben der Vermeidung von CO₂-Emissionen vor allem auch um die Stärkung des Innovations- und Technologiestandortes Deutschland. Wir müssen jetzt durch die Förderung von Forschung und Entwicklung die Weichen dafür stellen, dass die deutsche Industrie am stetig wachsenden Markt für Elektroantriebe teilnehmen kann. Darüber hinaus werden in acht Modellregionen in ganz Deutschland zukunftsweisende, ganzheitliche Verkehrskonzepte für Elektromobilität erprobt. Ausgehend von dem Ziel, in den kommenden zehn Jahren eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen zu bringen, geht es jetzt beispielsweise darum, zunächst in den Ballungsräumen möglichst zügig den Aufbau eines Netzes von Ladestellen für Elektrofahrzeuge voranzubringen. Die CDU/CSU-Fraktion hat den Konstanzer Abgeordneten Andreas Jung zu ihrem Beauftragen für Elektromobilität ernannt. Dies gewährleistet, dass die baden-württembergischen Interessen bei diesem Thema Eingang in die Diskussion finden werden.